

Studie warnt davor, daß der Klimawandel den Fluglärm verstärken wird

geschrieben von AR Göhring | 3. Oktober 2025

„Hoden kochen, Inseln versinken, Fluchtbewegungen, Ernteausfälle, Extremwetter“ – es gibt fast keinen Bereich des täglichen Lebens, der nicht in naher Zukunft von der Klimaerwärmung zur Hölle auf Erden gemacht werden soll. Aktuell sollen auch die Turbinengeräusche von Flugzeuge lauter werden. Wie das?

Wärmere Luft wird Flugzeuge länger in niedrigeren Höhen fliegen lassen, wodurch mehr Europäer Fluglärm ausgesetzt sein werden, sagen Wissenschaftler der Universität von Reading in England. Man sieht – nicht nur in den DALCH-Ländern wird alles finanziert, was sich als „irgendwas mit Klima“ tarnt.

In der Fachzeitschrift *Aerospace* wird behauptet, daß man mit Klimamodellen (sic!) herausgefunden habe, daß Flugzeuge wegen Luftdichte-Problemen in Zukunft tiefer fliegen müßten. Grund: In weniger dichter Luft ist der Auftrieb geringer – daher seien Düsenmaschinen (aber auch Turboprops und Kolben-Getriebene) gezwungen, länger den Bodeneffekt auszunutzen und niedrig in Siedlungsnähe zu fliegen. Quatsch – vor allem in Europa sind Flughäfen extrem reguliert. Sollte wegen „geringerer Luftdichte“ im Sommer tatsächlich einmal der Auftrieb etwas geringer sein, wird halt der Schub etwas erhöht, so daß der Auftrieb groß genug ist, um schnell aus der Hörweite der Anwohner zu kommen.

Das ist aber nur theoretisch – die mitlesenden Ingenieure können uns ausrechnen, ab welchem Grad „undichterer Luft“ der Auftrieb tatsächlich relevant niedriger ist. Zum Vergleich: Im Welt – und Kalten Krieg mußten nur Flugzeuge wie die Ta-152 oder U2 aerodynamisch angepaßt werden, die deutlich über 8 km hoch fliegen – man verlängerte deren Tragflächen deutlich, um den zu geringen Auftrieb zu kompensieren.

RWE will keinen grünen Wasserstoff

aus Namibia

geschrieben von AR Göhring | 3. Oktober 2025

von Hans Hofmann-Reinecke

Die deutsche Regierung hat die Erzeugung von „Grünem Wasserstoff“ in Namibia als „strategisches Auslandprojekt“ mit zehn Milliarden Euro bedacht. Als strategischer Kunde für dieses Geschäft hatte einer der großen deutschen Energieversorger, RWE, sein Interesse für jährlich 300.000 Tonnen in Aussicht gestellt. Von diesem Plan hat sich der Konzern jetzt distanziert.

Her damit

Die deutsche Regierung hat in Namibia ein gigantisches Projekt gestartet, das einen wesentlichen Beitrag zur „Energiewende“ leisten soll. Man will dort „Grünen Wasserstoff“ (GH_2) herstellen und nach Deutschland exportieren.

Wasserstoff ist der ideale Energieträger: Bei seiner Reaktion mit Sauerstoff wird sehr viel Energie frei – als Hitze oder aber auch direkt in Form von Elektrizität. Und das Allerbeste: Es entsteht kein unerwünschtes CO_2 , so wie beim Verbrennen von Kohle oder Erdgas in konventionellen Elektrizitätswerken. Das einzige Problem: es gibt keinen Wasserstoff auf unserem Planeten. Seine Affinität zu Sauerstoff hat dazu geführt, dass er fast nur in Form von Di-Wasserstoffoxid, vulgo „Wasser“ vorliegt.

H_2 lässt sich jedoch zurückgewinnen, indem man elektrischen Strom durch Wasser leitet und die H_2O -Moleküle dabei in ihre Bestandteile spaltet. Dazu ist allerdings mehr elektrische Energie nötig, als man nachher wieder zurückbekommt. Natürlich muss der notwendige Strom bei diesem Prozess, genannt Elektrolyse, aus einem CO_2 freien Kraftwerk kommen, sonst könnte man sich die Prozedur ja sparen, sonst bekäme man keinen grünen Wasserstoff.

Eine weite Reise

In Deutschland haben wir keinen Strom dafür übrig, wir müssen ja jetzt schon importieren. So entstand die Idee, in dünn besiedelten, aber windreichen Teilen der Erde, etwa in Namibia, ehemals „Deutsch-Südwestafrika“, Windgeneratoren zu installieren, um mit deren Hilfe H_2 herzustellen. Der muss jetzt allerdings nach Deutschland gebracht werden. Transport per Schiff in Gasflaschen wäre zu ineffizient, denn Kompression und Kühlung kosten zu viel Energie. Man macht stattdessen aus dem nützlichen H_2 und dem Stickstoff der Luft ein anderes Gas: Ammoniak (NH_3). Das lässt sich verflüssigen und kann bei tiefer Temperatur

per Tanker transportiert werden.

Am Ziel der Reise angekommen wird der Ammoniak wieder in seine Bestandteile zerlegt, der Wasserstoff wird in so genannten Brennstoffzellen zu Elektrizität verwandelt, die dann in unser Stromnetz eingespeist wird. Das ist eine weite Reise mit diversen Verwandlungen, die alle Energie kosten! Wie viel von dem ursprünglich aus Windkraft erzeugten Strom kommt dann noch bei uns an? Elektrolyse hat 55% Wirkungsgrad, Brennstoffzellen 40%, macht also insgesamt 22%. Die Umwandlung in Ammoniak und zurück haben wir jetzt nicht berücksichtigt, ebenso wenig die Energie für Kompression und Kühlung. Da bleiben vielleicht 15% übrig, wenn überhaupt. Und noch etwas: so richtig „grün“ ist die Sache jetzt nicht mehr, denn ein Tanker verbraucht von Afrika nach Deutschland gut und gerne seine 1.000 Tonnen Schweröl und pustet entsprechend viel CO₂ in die Luft.

Kompetenz aus der Uckermark

Das ist keine gute Bilanz, weder technisch noch wirtschaftlich. Aber wenn es um die Rettung der Welt geht, dann darf die Logik nicht im Weg stehen. Am 26. Mai 2023 beauftragte die Regierung Namibias die Firma Hyphen mit der Projektentwicklung. Die *Hyphen Hydrogen Energy (Pty) Ltd.* ist eine in Namibia registrierte GmbH. Geschäftsführer ist der (weiße) Südafrikaner Marco Raffinetti. Mehrheitlicher Gesellschafter ist die deutsche *Enertrag SE*, daneben halten die britische *Nicholas Holdings Ltd.* und die Regierung Namibias Anteile. Enertrag ist im Besitz der beiden Deutschen Jörg Müller und Tilo Troike über deren Muttergesellschaft, die *Uckerwerk Energietechnik GmbH* in Schenkenberg in der Uckermark. Und wer soll das bezahlen? 2024 hat die Bundesregierung das Projekt von Hyphen im Rahmen ihrer Nationalen Wasserstoffstrategie als „strategisches Auslandsprojekt“ definiert und mit 10 Milliarden Dollar bedacht.

Wind aus dem Sperrgebiet

An der Küste, nahe der Stadt Lüderitz, nicht weit von der Grenze zu Südafrika, liegt das zu Kaiser Wilhelms Zeiten etablierte „Diamanten-Sperrgebiet“. Hier soll unter dem Namen „Tsau Khaeb“ eine Industrie entstehen, die dereinst 300.000 Tonnen H₂ pro Jahr zu produziert.

Bei permanentem Betrieb wären das 34 Tonnen pro Stunde. Für eine Tonne H₂ sind 48 Megawattstunden (Energie) erforderlich, die Windgeneratoren müssten dann also $34 \times 48 = 1632$ Megawattstunden pro Stunde = Megawatt liefern. Deutschlands 30.000 Windgeneratoren haben im Jahr 2023 pro Stück eine durchschnittliche Leistung von 0,433 MW erbracht. Für die erforderlichen 1.632 MW bräuchte man 3.769 Anlagen dieses Typs bei „deutschem Wind“. Der mag in Namibia stärker sein, aber mit weniger als 1.000 Generatoren käme man wohl auch hier nicht aus.

Aber außer Strom braucht man auch Wasser für die Elektrolyse. Bei diesem Durchsatz wären das 340.000 Liter pro Stunde; und das in der Wüste; und

es muss Süßwasser sein, kein Meerwasser. Man bräuchte auch noch ein mittleres konventionelles Kraftwerk, um die Windgeneratoren anzuwerfen, denn die sind nicht „Schwarzstart-fähig“, sie brauchen erst einmal eine externe Stromquelle, um in Betrieb zu gehen.

Als ich im Juni 2024 in Lüderitz war, gab es, außer ein paar adretten Bürohäuschen noch nichts vom Projekt *HYPHEN Tsau Khaeb* zu sehen. Nach aktueller Planung soll „Phase 1“ Ende 2026 starten.

Ein Kunde weniger

Wichtiger Pfeiler für die Machbarkeit eines Unternehmens ist die Kundschaft. Im Dezember 2022 hatte *Hyphen Hydrogen Energy* mit einem der vier großen deutschen Energieversorger, RWE, ein „Memorandum of Understanding“ (MoU) unterzeichnet, nach dem RWE ab 2027 bis zu 300.000 Tonnen grünen Ammoniak pro Jahr von *Hyphen* abnehmen sollte (zur Einordnung: diese 300.000 Tonnen Ammoniak entsprechen nicht den oben erwähnten 300.000 Tonnen H₂). Bestandteil des MoU war auch der Bau eines Terminals für grünen Ammoniak in Brunsbüttel. Ende September 2025 gab RWE nun offiziell bekannt, sich aus dem Projekt zurückzuziehen. Das MoU war ja kein verbindlicher Vertrag, sondern lediglich eine Absichtserklärung.

Als einer der Gründe für den Rückzug wird von RWE der Anspruch indigener Gruppen auf das Projektgelände genannt. Wirklich? Namibia hat eine Fläche von fast einer Million Quadratkilometern und weniger Einwohner als Berlin. Soll also ein kleines Stück Wüste einer Investition im Wege stehen, die fast dem jährlichen BIP des Landes entspricht?

Vielleicht hatte RWE seine Absichtserklärung damals lediglich als Gefälligkeit abgegeben, um das Projekt attraktiver zu machen und *Hyphen* bei der Finanzierung zu unterstützen. Aus gutem Grund hat RWE keinen verbindlichen Vertrag über die Abnahme von Ammoniak oder Wasserstoff unterzeichnet. Wie wird es weitergehen? Vermutlich fließt die Finanzierung durch Deutschland für das „strategische Auslandsprojekt“ ungestört weiter. Für die Milliarden lassen sich leichter Abnehmer finden als für den grünen Ammoniak.

Dieser Artikel erscheint auch im Blog des Autors Think-Again. Sein Bestseller Grün und Dumm, und andere seiner Bücher, sind bei Amazon erhältlich.

„Kernkraft ist am teuersten –

Windkraft und Solar am billigsten“ Was sagt die Wirtschaftlichkeitsschwelle?

geschrieben von AR Göhring | 3. Oktober 2025

„Die Sonne schickt keine Rechnung“

Kernkraft sei die teuerste Energie-Bereitstellungsform, die Erneuerbaren wie Wind und Sonne hingegen die billigste – diese Einschätzung hören die Bürger seit Jahren in ARD/ZDF und in diversen Publikationen von Harald Lesch, Volker Quaschning oder Tim Meyer.

Dennoch steigen weltweit die Energiekosten der Verbraucher und der Industrie, wenn der Anteil von Wind und PV in der allgemeinen Versorgung erhöht wird. Könnte es sein, daß Lesch & Co. Falsches im Sinne der Lobbyarbeit für Profiteure verbreiten?

Unser Pressesprecher Horst Lüdecke schrieb gerade einen Leserbrief an eine schwäbische Lokalzeitung im Bereich Reutlingen (Publikation hier folgt), da dort mehrere Windräder in Siedlungs Nähe errichtet werden sollen. Die Anwohner fürchten um den Wert ihrer Wohnhäuser, die unverkäuflich werden, sobald ein Windmonster in der Nähe rotiert, und opponieren gegen die Baupläne ihrer Gemeinderäte.

Lüdecke reagierte auf einen Leserbrief, den ein Vorstandmitglied der Genossenschaft *ErneuerbareEnergien Neckar-Alb eG* (ohne Angabe seiner Position) verfaßte. Lüdecke referiert dabei auf einen zwölf Jahre alten Artikel in ENERGY des Elsevier-Verlages. Titel: Energieintensität, Erntefaktoren und Energierückzahlungszeit von Stromerzeugungsanlagen, von Weißbach, Ruprecht, Huke, Czerski, Gottlieb und Hussein 2013.

Hier die zentrale Abbildung des Artikels. Entscheidend dabei ist die **Wirtschaftlichkeitsschwelle (economical threshold)** der OECD. „EROI“ bezeichnet hier den Erntefaktor, also die Kenngröße Energie-Gewinn/Energie-Investition. Man sieht ein-eindeutig: Solar und Windkraft an Land in Deutschland sind fast nie wirtschaftlich und KÖNNEN daher nicht ohne Quersubventionierung aus der „Fossil“wirtschaft betrieben werden – beziehungweise aus der Nuklearwirtschaft.

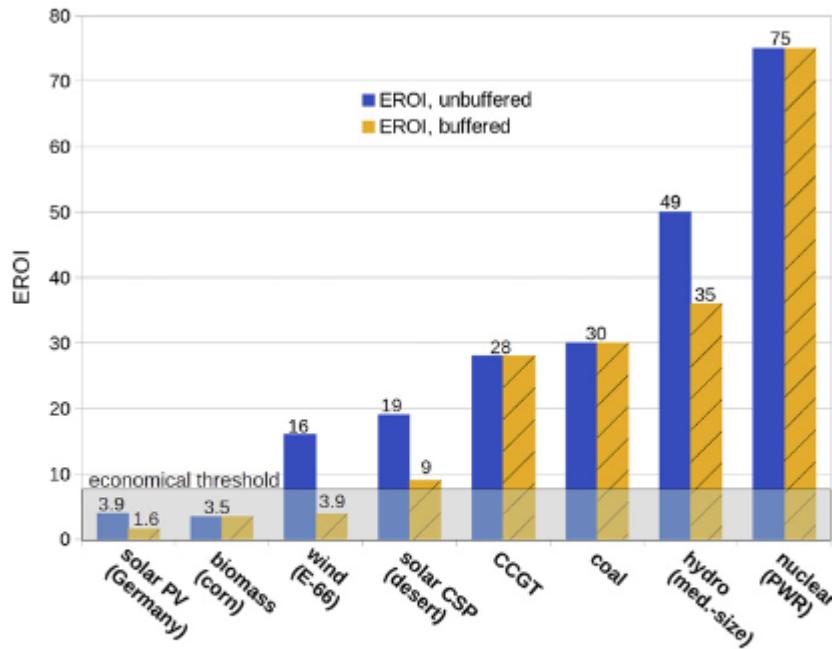


Fig. 3. EROIs of all energy techniques with economic "threshold". Biomass: Maize, 55 t/ha per year harvested (wet). Wind: Location is Northern Schleswig Holstein (2000 full-load hours). Coal: Transportation not included. Nuclear: Enrichment 83% centrifuge, 17% diffusion. PV: Roof installation. Solar CSP: Grid connection to Europe not included.

https://festkoerper-kernphysik.de/Weissbach_EROI_Energy.pdf

Lobbyisten der durchsubventionierten Energiewende-Branche wie Lesch und Meyer erwähnen solche Daten natürlich nie, sondern arbeiten geschickt mit der Statistik, ganz im Sinne Churchills, der gesagt haben soll,

Vertraue nie einer Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast.

Heißt nicht, daß Statistik stets falsch oder manipulativ sein muß – aber man muß sich die Geldflüsse, Interessen und Abhängigkeiten von privaten oder GEZ-Profiteuren anschauen, um zu beurteilen, wer als unabhängig betrachtet werden kann. Passend dazu hier ein Video von Harald Lesch in der Universität Stuttgart. Im letzten Teil zitiert er unkritisch die Argumente Meyers – wer bemerkt die Tricks? Schreiben Sie es in die Kommentare!

„Fahrradwege in Peru“: Deutschland gab 2024 11,5 Milliarden € für internationale Klimafinanzierung aus – Rekord!

geschrieben von AR Göhring | 3. Oktober 2025

„551 Fragen“: Seit Jahren beklagt vor allem die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag die Umverteilung von Steuergeldern an rotgrüne Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) – darunter viele mit dem Geschäftsmodell „Klima“. Dabei verprassen die CDU-Kabinette Merkel I-IV, das Kabinett Scholz und nun das Kabinett Merz immer größere Summen aus dem Bundeshaushalt für „Klimarettung“ im In- und Ausland. Gerade meldet die „Welt“ einen Rekord: 11,5 Milliarden Euro für Klimahilfen im Ausland – nur im Jahr 2024.

Und die Berliner Zeitung ergänzt: „EU-Kommission- Halbe Milliarde Euro: EU fördert erneuerbare Energien in Afrika“

Bröckelnde Schulen und Brücken, Renten-, Pflege und Krankenkassen-Notstand – aber für die Projekte des mächtigen Vorfeldes der rotgrünen Parteien ist immer viel Geld da. Heuer sogar Rekordsummen für ausländische Klimaschützer.

Es geht um 11,5 Milliarden € – davon stammten 6,1 Milliarden Euro aus Haushaltssmitteln und 5,7 umfaßten vor allem Kredite der Förderbanken KfW und DEG sowie private Investitionen (erstmals über 1 Milliarde €). (Achtung: die Werte sind nicht additiv – es gibt Überschneidungen.)

Die Welt meldet:

Die Gelder fließen unter anderem in den Ausbau erneuerbarer Energien, in Maßnahmen zur Anpassung der Landwirtschaft an Dürren und Überschwemmungen sowie in den Schutz von Wäldern und Mooren. (...)

Damit würden etwa Solar- und Windanlagen im globalen Süden oder der Ausbau des Nahverkehrs in Indien, Südafrika, Indonesien und Mexiko finanziert.

Frage: Welcher private Geldgeber investiert in Klimaschutz? Ob Inland oder Ausland – ohne Garantien des Staates ist „Klimaschutz“ ein Minusgeschäft – gleich, was EE-Profis und Aktivisten behaupten.

Die Berliner Zeitung meldet:

Die EU will den Ausbau erneuerbarer Energien in Afrika mit 545 Millionen Euro fördern. Das sei eine „strategische Entscheidung“, erklärte die EU-Kommission.

(...) Vorgesehen sind Investitionen unter anderem in eine Hochspannungsleitung in der Elfenbeinküste (359,4 Millionen Euro), in die ländliche Elektrifizierung von 687 Gemeinden in Kamerun (59,1 Millionen Euro) sowie in erneuerbare Energieprogramme in Lesotho, Ghana, Madagaskar, Mosambik, Somalia und weiteren Ländern.

Entwicklungshilfe via Elektrifizierung klingt erst einmal gut – aber die Meldungen über Mißbrauch von Entwicklungshilfe und Umweltschutz zum Zwecke der eigenen Bereicherung sind seit Jahrzehnten Legion. Da „Erneuerbare Energien“ fast alle unter der Wirtschaftlichkeitsgrenze liegen, wird mit Windkraft und PV keine selber tragfähige Wirtschaft in Afrika errichtet. Man darf also – ähnlich Projekten in Italien – davon ausgehen, daß (deutsche?) Firmen Windparks und PV-Grabplatten irgendwo errichten, ein paar Ladestationen dazu – und dann verstaubt das Ganze, weil niemand vor Ort auf Dauer etwas davon hat.

Das schöne deutsche Wort „Milliardengrab“, auch „Investitionsruine“, ist gut gewählt.

Hitze im Mittelalter schmilzt Gletscher – und Bangladesch wächst! Klimaschau 231

geschrieben von AR Göhring | 3. Oktober 2025

Angeblich schmelzen erst heute die Gletscher des Planeten – dabei finden sich Spuren von Gletscherflüssen auf Antarktika, die im Mittelalter wegen der Hitze das Eis durchzogen.

Analog dazu wachsen heute die Küstenlinien von Bangladesch. Dem Land wurden Ende der 80er noch gewaltige Landverluste durch steigende Meeresspiegel vorhergesagt.